Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirksschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einspaltige Millimeterzeile 8 Rpf. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpf. Nachlaß nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 57 — **Donnerstag, den 8. März 1934** — **89. Jahrgang**

Tagesschau.

* Reichsminister Dr. Goebbels empfing am Mittwoch die Führer der Wirtschaft, um mit ihnen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Frühjahr und Sommer zu besprechen. Der 21. März soll als Großkampftag der Arbeitsschlacht ausgestaltet werden. An diesem Tage werden in allen Teilen des Reiches große neue Arbeitsvorhaben der öffentlichen Hand in Angriff genommen oder bereits begonnene in ihrer Durchführung gesteigert werden.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat sich heute, Donnerstag vormittag, zum Besuch der Messe nach Leipzig begeben.

* In Gegenwart des polnischen Staatspräsidenten fand bei Pilsudski eine Beratung aller früheren Ministerpräsidenten und des jetzigen Ministerpräsidenten statt. Ueber die Beratung wurde nichts näheres bekanntgegeben.

* In Warschau und in einigen Provinzstädten wurde eine weitverzweigte jüdische Paßfälscherbande ausgehoben. In Kultusf wurden der Vorsitzende des jüdischen Gemeinderates und vier Mitglieder verhaftet. Es soll sich um Unsauberkeiten handeln.

* Die britischen Luftstreitkräfte haben für den Dienst im mittleren Osten ein neuartiges Militärflugzeug erworben, das eine Flugweite von 2000 Kilometer hat.

* Ueber ganz Spanien wurde am Mittwoch der verschärfte Belagerungszustand verhängt, um den drohenden Generalstreik abzuwenden.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Frankreich allein.

Frankreich hat erneut seine Antwort an England um eine Woche verschoben. Man wird in London nicht gerade glücklich darüber sein, zumal alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Unnachgiebigkeit Frankreichs sich in den letzten Tagen womöglich noch verstärkt hat. Wenn man sich in Paris darauf beruft, daß zuerst der Oberste Verteidigungsrat gehört werden müsse, so ist das eine allzu kümmerliche Ausrede, da Herr Barthou ja bereits eine sehr eingehende Aussprache mit dem General Weygand gehabt hat und doch nichts anderes gehört haben dürfte, als das, was der Oberste Verteidigungsrat auch sagen wird. Was aber hat er gehört? Man ist da nur auf Vermutungen angewiesen, aber diese Vermutungen gewinnen fast eine feste Grundlage, wenn man die Ausführungen liest, die der „Petit Parisien" am Dienstag veröffentlicht hat und die durch einen Artikel des Admirals Docteur im „Matin" ergänzt werden, der ausdrücklich erklärt, man werde eine „Aufrüstung" Deutschlands — das französische Wort für Gleichberechtigung — weder ignorieren noch hinnehmen. Das Programm, das der „Petit Parisien" entwickelt, schlägt allem dem ins Gesicht, was bisher in monatelangen Verhandlungen, sei es zwischen Paris und Berlin direkt, sei es mit und zwischen den anderen Hauptstädten Europas, besprochen worden ist. Bleibt Frankreich dabei, dann ist das Scheitern des Abrüstungstraums besiegelt und dann beginnt, man mag wollen oder nicht, der Rüstungswettlauf auf der ganzen Linie. Aber kann Frankreich diese Verantwortung übernehmen, wird es sie tragen können? Frankreich ist nach wie vor der militärisch höchstgerüstete Staat Europas und der Welt. Aber wenn es zu einem Amoklauf auf den europäischen Frieden ansetzt, so wird es trotz dieser Hochrüstung zu Fall kommen, wenn es sich nicht der Hilfe anderer zu versichern vermag. Es sucht diese Hilfe. Das ist gewiß und das ist in jeder französischen Meinungsäußerung zu erkennen. Mal macht es Verbeugungen nach Rom, mal nach London, mal den kleinen Nachfolgestaaten gegenüber. Aber wenn man in Paris starke Hoffnungsfreudigkeit zeigt, so scheint diese doch nicht auf festem Grund gebaut zu sein. Tatsächlich ist Frankreich im gleichen Maße, wie sich sein Widerstand gegen eine vernünftige Uebereinkunft versteifte, in eine immer größere Isolierung geraten. Nichts zeigt das deutlicher als die entschiedene Absage, die der belgische Ministerpräsident der französischen Politik erteilt hat. Das war wie ein Blitz aus heiterem Himmel, denn bisher konnte Frankreich immer noch annehmen, daß ihm Belgien auf jeden Fall Heeresfolge leisten und sich an jeder Art von Sanktion beteiligen würde, wie es sich auch am Ruhreinbruch beteiligt hat. Wenn nach Polen nun auch noch Belgien aus der französischen Front abschwenkt, dann ist wirklich der Anfang vom Ende des französischen Bündnissystems in Europa gekommen und dann steht Frankreich über kurz oder lang allein da und muß, wozu es sich bisher niemals zu überwinden vermochte, entweder den guten Ratschlägen der anderen Großmächte Folge leisten oder sich selbst für alle Folgen haftbar machen, die aus seiner dann doppelt unsinnigen Politik noch entstehen.

Auch der belgische Außenminister für Deutschlands Gleichberechtigung.

dnb. **Brüssel**, 7. März. Außenminister Hymans sprach am Mittwochnachmittag im Rahmen der allgemeinen außenpolitischen Aussprache im Senat über die Abrüstungsfrage. Nachdem der Ministerpräsident am Dienstag die grundsätzliche Haltung der belgischen Regierung zu dieser Frage in großen Linien dargelegt hatte, entwickelte der Außenminister ausführlich und im einzelnen die Gesichtspunkte, die die Haltung der belgischen Regierung bestimmen. Ebenso wie de Brocqueville bekannte sich Hymans zu der Auffassung, daß die Gefahr eines Rüstungswettlaufes nicht durch irgendwelche Zwangsmittel gegen Deutschland, sondern nur auf dem Verhandlungswege durch den Abschluß eines internationalen Abkommens ausgeschaltet werden könne. Diese Absicht müsse, so führte Hymans aus, von der Großmächteerklärung vom 11. Dezember 1932 über die Gleichberechtigung Deutschlands ausgehen.

Brocquevilles Echo.

dnb. **Brüssel**, 7. März. Der außenpolitischen Rede des Ministerpräsidenten de Brocqueville im Senat wird hier allgemein größte politische Bedeutung beigelegt. Die Erklärungen haben hauptsächlich deshalb so sensationell gewirkt, weil de Brocqueville mit einem bemerkenswerten Freimut eine Auffassung über die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland vor dem Parlament vertreten hat, die von der bisher allgemein herrschenden Meinung grundverschieden ist.

Interessant ist der Kommentar der angesehenen katholisch-konservativen „Metropole" in Antwerpen. Das Blatt stellt fest, daß die Erklärung vorher im Ministerrat wenigstens in ihren Grundzügen festgelegt worden sei. Man behaupte sogar, daß König Albert noch kurz vor seinem Tode die Rede, die schon vor vierzehn Tagen gehalten werden sollte, gebilligt habe. de Brocqueville habe eine neue Sprache gesprochen, und seine Rede bedeute einen Wendepunkt in den Auffassungen, die man bisher in der „deutschen Frage" gehabt habe. Es sei anzunehmen, daß er seine Erklärungen im Einvernehmen mit den „Nachbarn und Alliierten" Belgiens gemacht habe, und es sei nicht zu zweifeln, daß sie von internationaler Bedeutung seien. Das Abrüstungsproblem sei in eine neue Phase der Entwicklung gelangt.

Der flämisch-katholische Standart spricht von einer mutigen Rede, mit der die Regierung den Beweis erbracht habe, daß sie eine Politik der Wirklichkeit verfolge. Das Blatt spricht die Hoffung aus, daß das ganze Land diese aufrichtige und mutige Erklärung billigen und unterstützen werde.

Große Enttäuschung hat die Rede in den chauvinistischen Kreisen und bei der gewissen Industriekreisen nahestehenden Presse hervorgerufen. Uebereinstimmend betonten Independance Belge und Etoile Belge, daß die Ausführungen de Brocquevilles im Lande eine lebhafte Erregung und Unzufriedenheit hervorrufen würden.

Kommunistenüberfall auf Mitglieder der „Action Francaise".

Paris, 8. März. (Eig. Funkmeldg.) In Lyon überfielen etwa 100 Kommunisten Mitglieder der „Action Francaise". Dabei wurde auch geschossen. Ein Mitglied der „Action Francaise" wurde durch einen Schuß in die Schulter verletzt. Er mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Wichtige Konferenz bei Pilsudski.

Warschau, 8. März. (Eig. Funkmeldg.) Am Mittwoch fand in Gegenwart des Staatspräsidenten bei Marschall Pilsudski eine Beratung aller bisherigen Ministerpräsidenten des Regierungslagers statt. Außer dem amtierenden Ministerpräsidenten Sawek und Professor Bartel, der aus Lemberg gekommen war, waren Oberst Prystor und der Sejmmarschall zugegen. Ueber den Gegenstand der Besprechung ist von zuständiger Seite bis jetzt noch nichts gesagt worden. Auch die Regierungspresse teilt lediglich die Tatsache der Beratung mit. Die Oppositionsblätter ergehen sich in allerlei Vermutungen. Die meisten von ihnen glauben, daß mit Rücksicht auf die Abwesenheit des immer noch unpäßlichen Außenministers vor allem innerpolitische Fragen behandelt wurden. Besonders hervorgehoben wird dabei die Möglichkeit der Urlaubsreise Pilsudskis nach dem Süden. Ferner werden zwei Fragen in den Vordergrund geschoben: Regierungswechsel und Durchführung der Verfassungsänderung. Die Beratung hat, wie die Presse schreibt, auf Wunsch Pilsudskis stattgefunden.

Marxistische Miliz in Belgien.

Umfangreiche Bürgerkriegsvorbereitungen aufgedeckt.

Berlin, 7. März. Sensationelle Enthüllungen über die Aufdeckung einer umfangreichen Militärorganisation der belgischen Sozialdemokratischen Partei werden in der belgischen Presse gemacht. So veröffentlicht der Standard einen Organisations- und Aufmarschplan der militärisch gegliederten sozialdemokratischen Arbeitermiliz. Diese Miliz ist eingeteilt in Korps, Regimenter, Bataillone, Kompanien. Die Mitglieder werden von Offizieren und Unteroffizieren geschult. Uebrigens sind Kurse für praktische und theoretische Ausbildung eingerichtet. Die Miliz verfügt über vollkommen ausgebildete Spezialtruppen. In einem offiziellen Tagesbefehl des Kommandanten des 1. Bataillons in Lüttich werden genaue Instruktionen an die örtlichen Milizausschüsse, die Regimentschefs und Abteilungsführer für ein Manöver erteilt. Danach sollten vier Kompanien der Arbeitermiliz beim Grauen des Tages die Eisenbahnstrecke von Lüttich nach Vottem besetzen, während andere Abteilungen eine Reservestellung einnehmen sollten. Die Meldungen über die Militarisierung der belgischen Sozialdemokratie, die zum Losschlagen bereit steht, dürfte die belgische Regierung zu einem scharfen Eingreifen veranlassen. Damit unterscheidet sich die belgische Regierung wesentlich von der österreichischen, die den Rüstungen der Austromarxisten untätig, ja sogar wohlgefällig zusah und damit ein gerüttelt Maß Schuld an dem Blutvergießen in der zweiten Februarwoche in Oesterreich auf sich nahm.

Großkampftag der Arbeitsschlacht 1934 am 21. März

Reichsminister Dr. Goebbels empfängt die Führer der Wirtschaft.

dnb. **Berlin**, 7. März. Auf Einladung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, waren am Mittwoch, den 7. März, die Führer der deutschen Industrie, des Handels und des Handwerks im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu einer Ansprache über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Frühjahr und Sommer ds. Js. versammelt. An dieser Besprechung nahm auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt teil. Reichsminister Dr. Goebbels machte über die in Vorbereitung befindlichen Wirtschaftspläne der Reichsregierung einige Ausführungen und betonte, daß zu Beginn der Arbeitsschlacht im Frühjahr alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Arbeitslosigkeit weiterhin mit Erfolg zu bekämpfen und den Volksgenossen, die heute noch von Unterstützungen leben, weitgehend wieder Arbeitsplätze zu beschaffen. Diese Ausführungen fanden bei den an der Besprechung teilnehmenden Vertretern der Wirtschaft vollste Zustimmung.

Der Führer des Reichsstandes der deutschen Wirtschaft, Krupp v. Bohlen und Halbach, und Generaldirektor Dr. Vögler, brachten zum Ausdruck, daß es der Wirtschaft gelungen ist, auch über die Wintermonate hinweg die aufwärtsführende Linie aufrechtzuerhalten, und daß die Wirtschaft auch bei sachlichster Betrachtung der wirtschaftlichen Vorgänge heute beim Beginn der Frühjahrskampagne mit größter Zuversicht in die Zukunft sehe. Die deutschen Wirtschaftsführer werden auch im Jahre 1934 dem Willen der Regierung entsprechend sich mit aller Kraft für die weitere Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und für die Wiedereinschaltung neuer Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einsetzen.

Für die Ausgestaltung des Großkampftages der Arbeitsschlacht 1934 am 21. März wurden sodann vom Reichsminister Dr. Goebbels Einzelheiten bekanntgegeben, für deren Durchführung sowohl der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt wie auch die Herren aus der Wirtschaft praktische Vorschläge machten, die zu einer völligen Uebereinstimmung der Ansichten führten. Die weiteren Beratungen hierüber werden im Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Um der Tatsache, daß das ganze deutsche Volk unter Anstrengung aller Kräfte nach Ueberwindung der Winternot mit vollster Zuversicht im Frühjahr erneut an die Arbeit